

Neue Rhein Zeitung
vom 15.10.2022

Gericht: Großmarkt darf nicht aufgelöst werden

Die Pläne von Stadt und Metro für einen neuen Markt sind fürs erste ausgebremst

Die von der Stadt beschlossene Auflösung des Großmarktes ist nicht mit höherrangigem Recht vereinbar. Das hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschieden und damit der Klage eines Großmarkthändlers stattgegeben. Die Stadt Düsseldorf plant mit der städtischen Tochtergesellschaft Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG (IDR) eigentlich die Ansiedlung von Unternehmen auf dem Gelände.

Das Gericht hat mit dem aktuellen Urteil zunächst seine 2018 im Rahmen der damaligen Umstrukturierung vorgenommene Bewertung bestätigt, dass es sich bei dem seit 1936 bestehenden Markt nicht nur um eine rein wirtschaftliche Betätigung der Stadt handele. Vielmehr sei der Großmarkt immer noch eine Einrichtung der Daseinsvorsorge mit hoher traditioneller Prägung. Demnach sei auch die Auflösung

einer solchen öffentlichen Einrichtung „am verfassungsrechtlichen Maßstab der Aufrechterhaltung des gemeindlichen Aufgabenbestandes zu messen“. Dies bedeute aber nicht, dass der Großmarkt „bis in alle Ewigkeit“ fortgeführt werden müsse.

Die Klage kam von Konrad Koester. Seit 33 Jahren bietet er auf dem Großmarkt Obst und Gemüse an. Dementsprechend verärgert war

der Händler über den Ratsbeschluss vom 1. Juli 2021. In diesem wird die Auflösung des Großmarktes als öffentliche Einrichtung vorgesehen. Koester reichte Klage ein. Nun ist das Aus des Großmarktes, das zum 31. Dezember 2024 geplant war, mit der Entscheidung des Gerichts vorerst vom Tisch.

Mehr als fünf Jahre hatten Stadt und Händler anfangs versucht, die Zukunft des Großmarktes einver-

nehmlich zu planen. Doch aus Arbeitsgruppen zu Beginn wurde ein Rechtsstreit mit den Händlern, die sich gegen Kündigungen gewehrt hatten. Streit gab es zudem um die künftigen Konditionen.

Manche Händler forderten erfolglos Entschädigungen für Einbauten an Ständen, die sie bei einem angestrebten Neubau nach Abriss hätten aufgeben müssen.

Die Stadt hatte mit dem Verkauf des Geländes an die städtische Immobilientochter IDR das Ziel verfolgt, den Markt zu privatisieren und konzentrierter auf dem Gelände zu verteilen, um weitere Flächen auf dem wertvollen Grundstück anders nutzbar zu machen.

Auf Anfrage heißt es nun von der Stadt, dass man „aufgrund der Bedeutung der Angelegenheit beabsichtigt, den weiteren Rechtsweg zu beschreiten“. *csr/MB*